

**Dringlicher Berichts Antrag****Fraktion der Freien Demokraten****Protestaktionen der „Letzten Generation“**

In den vergangenen Tagen haben sog. „Aktivisten“ der „Letzten Generation“ wichtige Verkehrsadern in Frankfurt durch Blockaden lahmgelegt. So sorgten sie im gesamten Frankfurter Stadtgebiet für Staus, indem sie sich auf die Fahrbahn setzten und teilweise auf dem Asphalt festklebten. Darüber hinaus verschütteten sie eine ölartige Flüssigkeit auf Fahrbahnen. Eine Fahrradfahrerin rutschte darauf aus und stürzte. Bei diesen Protestaktionen handelt es sich um Eingriffe in den Straßenverkehr - Tausende Bürgerinnen und Bürger stehen im Stau, Rettungswagen können die Straßen nicht passieren und unbeteiligte Dritte werden verletzt. Diese Protestaktionen müssen möglichst unterbunden und in jedem Fall konsequent geahndet werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im innenpolitischen Ausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Vorgehen der „Letzten Generation“?
2. Wie viele einzelne Protestaktionen der „Letzten Generation“ wurden in Hessen bisher verzeichnet?
3. Wie viele dieser Protestaktionen waren als Versammlungen bei der jeweils zuständigen Behörde angemeldet?
4. An welchen Orten fanden diese Protestaktionen statt?
5. Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Landesregierung bei Protestaktionen der „Letzte Generation“ bisher in Hessen insgesamt teilgenommen? Wie viele Personen haben ca. jeweils an den einzelnen Protestaktionen teilgenommen?
6. Wie viele Personen sind im Zusammenhang mit Protestaktionen der „Letzten Generation“ in Gewahrsam worden?
7. Wie viele Platzverweise wurden im Zusammenhang mit den Protestaktionen in den letzten Tagen ausgesprochen?
8. Wie viele Strafverfahren wurden bisher eingeleitet?
9. Wie viele Personen wurden mittelbar oder unmittelbar durch die Aktionen verletzt?
10. Wegen der Verwirklichung/des Versuchs welcher Straftaten wird bisher ermittelt? Um wie viele mögliche Straftaten handelt es sich insgesamt?
11. War nach Kenntnis der Landesregierung jederzeit die Zu- bzw. Durchfahrt für Rettungswagen auf den in Rede stehenden Straßen gewährleistet?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung bzw. dem Verfassungsschutz zu der Gruppierung „Letzte Generation“ vor?
13. Hat die Landesregierung Kenntnis bzgl. etwaiger weiterer Gruppierungen, die im Zusammenhang mit der „Letzten Generation“ stehen bzw. auf ähnliche/gleiche Weise Protestaktionen durchführen oder durchführen wollen?
14. Hat die Landesregierung Kenntnis, dass die Mitglieder/Teilnehmer der „Letzten Generation“ in Kontakt zu Akteuren von „Fridays for Future“ stehen? Wenn ja: Wie gestaltet sich dieser Kontakt? Nehmen Akteure von „Fridays for Future“ auch an den Protestaktionen der „Letzten Generation“ teil und/oder umgekehrt?

15. Was plant die Polizei bzw. der Staatsschutz, um zukünftig frühzeitig gegen solche unangemeldeten Versammlungen/Protestaktionen vorzugehen, um im Idealfall zu vermeiden, dass es zu Staus und Nötigungen/Beeinträchtigungen unbeteiligter Dritter kommt?
16. Gibt es neben Platzverweisen, Ingewahrsamnahmen und Strafverfahren wegen Nötigung weitere Sanktionsmöglichkeiten?
17. Müssen die „Aktivisten“ damit rechnen, dass sie sich auf zivilrechtlichem Wege an den Kosten der Aktionen beteiligen müssen?

Wiesbaden, 14. April 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock